

Leserbriefe



Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönliche Meinungen. Bitte fassen Sie sich kurz, um so wahrscheinlicher wird die Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen.

Zur Biotik und Leserbrief von Uwe Todt aus Ausgabe 02/2011 (siehe auch Aufsatz von Norbert Rost in diesem Heft)

Vermutlich kann chemisch-reaktionskinetisch aus den Elementen Kohlenstoff und Wasserstoff Erdöl gebildet werden. Als Beweis dafür kann die synthetische Benzin- und Diesel-Kraftstoffherzeugung aus Kohle und Wasserstoff herangezogen werden. Deutschland hatte bis Kriegsende 14 Hydrierwerke in Betrieb, in denen jährlich bis zu 12 Mio. Tonnen Benzin und Diesel hergestellt wurden. Bekannt sind die „Sasol-Werke“ in Südafrika, die heute jährlich bis zu 50 Mio. Tonnen Benzin und Diesel synthetisch herstellen. Hydrieranlagen gibt es auch in China und Russland und voraussichtlich wird in absehbarer Zeit auch in anderen Ländern die Kohleverflüssigung Anwendung finden, denn die direkte Verbrennung von Braun- und Steinkohle ist aus vielerlei Gründen ungünstig. Es stellt sich die Frage, ob in den großen Tiefen der Erdkruste, bzw. des Erdmantels, Kohlenstoff und Wasserstoff elementar vorliegen. Dafür gibt es meines Wissens keine eindeutigen Beweise. Die tiefsten Bohrlöcher betragen nur 14 Kilometer, was bei einem Erddurchmesser von rund 13.000 Kilometern nur ein „Kratzer“ ist. Ich schließe mich den Wissenschaftlern an, die die Erdölentstehung aus tierischen Quellen vertreten. Dies wird auch unterstützt durch aktuelle Arbeiten, bei denen durch Züchtung großer Algenmengen Erdöl gewonnen werden soll.

Selbst bei einer Bildung von Erdöl aus den Elementen ist nicht die „Endlichkeit“ beseitigt, sondern nur die „Reichweite“ verlängert.

Wolfgang Büchen, Mettmann

Zu den von Robert Pawelke-Klaer diskutierten Begriffen Teilen, Verteilen, Tauschen (HUMANE WIRTSCHAFT Heft 04/2010 und 01/2011)

Im persönlichen Bereich kann ich frei über mein Eigentum, sei es Sachbesitz oder Geld, verfügen. Wenn ich mit jemand teile, verschenke ich einen Teil meines Eigentums. Teilen und Schenken sollten im persönlichen Bereich – nach individuellen Möglichkeiten – großzügig praktiziert werden.

Der Staat dagegen kann nicht teilen und verschenken. Er verwaltet öffentliche Mittel, die nicht ihm selbst gehören. Er muss sie gemäß den vom Parlament erlassenen Beschlüssen und Gesetzen ordnungsgemäß und „ge-recht“ verteilen.

Auch das Tauschen hat seinen Platz, nämlich im geschäftlichen Bereich – sei es durch direkten Tausch oder mit Hilfe von Geld als zwischengelagertem Hilfsmittel. Ist das Tauschen nicht durch den Zins verzerrt, ist dagegen nichts einzuwenden. Wertgleiches wird ausgetauscht.

Diese drei Vorgehensweisen haben also in bestimmten Bereichen alle ihre Berechtigung. Verabsolutiert man aber eines der Prinzipien, so landet man bei extremen Gesellschaftsformen wie Kommunismus, Planwirtschaft oder Kapitalismus. – Je mehr geteilt und getauscht wird, desto weniger Verteilen und Umverteilen ist von staatlicher Seite notwendig.

Regine Lummert, Bruchsal

Leserbrief zu „Staatsverschuldung kurz gefasst“ (HUMANE WIRTSCHAFT Heft 02/2011)

In der Tat ist die „überdimensionale“ Entwicklung der Geldvermögen und damit der Schulden in unserem Zinsseszinsystem zu suchen. Geldhaltekosten würden ein wenig „Druck aus dem Kessel“ der Volkswirtschaft nehmen.

Aber es gibt noch andere Ursachen für das Schuldenwachstum. Denn Geld ist nicht der einzige Wert, dessen Besitz seine Selbstvermehrung verspricht, also ein Wert, der Überschuss zu erzielen vermag, den Zins. Die Basis dafür liegt in den Unternehmen, wo in unserer Volkswirtschaft letztlich die allgemein anerkannten Werte erzeugt werden. Dort müssen aber auch Überschüsse erzielt werden, Profite – das kennzeichnet unser System.

K.H. Binswanger hat sehr einleuchtend in seinem Buch „Die Wachstumsspirale“ dargelegt, warum in einer Volkswirtschaft, bei der die Unternehmensausgaben als Löhne – von den Empfängern ausgegeben - die zukünftigen Einnahmen der Unternehmer sind, nur über Kreditaufnahme (Schulden machen) Überschüsse (Zinsen und Profite) realisiert werden können. Wie sonst soll in einem solchen geschlossenen System, bei dem die Ausgaben die zukünftigen Einnahmen sind, Überschüsse möglich sein?

Nicht nur die Staatsschulden, ca. 2 Bill. Euro, sind ein Problem, sondern die Verschuldung der Gesellschaft insgesamt, nämlich ca. 8 Bill. Euro. Davon fallen 70 % auf die Unternehmen, 25% auf den Staat und 5% auf priv. Haushalte. Demgegenüber stehen ca. 8 Bill. Euro Geldvermögen, von denen 80% in den Händen einer Minderheit von 10% der Haushalte sind. Dies ist die Schere zwischen Arm und Reich, von der der Artikel spricht und ist die eigentliche Last, die die kommenden Generationen zu tragen haben.

In einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft sind Schulden aber nicht durch die Leistungssteigerung einer wirtschaftlichen Gruppe zu tilgen, weil die Leistungssteigerung der einen jene der gesamten Volkswirtschaft nach sich zieht. Bei bestehendem Profit-Zwang wachsen dann die Schulden weiter.



Leserbriefe

Das Problem der Entschuldung wird nach dem Vorbild der schwäbischen Hausfrau im Ausgabensparen gesucht. Reduzierte Ausgaben führen im geschlossenen Wirtschaftsmodell zu reduzierten Einnahmen der Unternehmen. Produkte werden nicht vom Markt geräumt, Firmen gehen pleite, und mit dieser Pleite werden Schulden/Geldvermögen und Arbeitsplätze vernichtet. Der Konkurs ist eine besondere Form von Entschuldung, bei der sich das System selbst hilft und viele Unbeteiligte, vor allem Arbeitnehmer darunter leiden.

Eine andere Möglichkeit der Entschuldung liegt in den Händen des Staates, indem er durch steuerliche Maßnahmen das Geldvermögen der reichen 10 %-Minderheit abschöpft und damit seine Schulden tilgt. Schulden sind ein Problem der Reichumsverteilung!

Dr. Hans-Jörg Schlichte, Hitzacker

„Regionalwährung“ für klamme EU-Länder

In Nr.2/2010 hat Andreas Bangemann ausführlich das Problem der Staatsverschuldungen der „schwachen“ Euro-Länder dargestellt und den Versuchen, diesen Ländern durch Garantien der nicht so schwachen Euroländern wieder Zugang zu zinsbilligen Krediten zu verschaffen (so genannter „Euro-Rettungsschirm“). Dabei wurde klar, dass auch die nicht so schwachen – denn von „starken“ Euro-Ländern zu sprechen verbietet die auch dort bestehende Verschuldung – Euro-Länder auf die Dauer keine Hilfe bieten können. Er plädierte für die einzig mögliche Lösung, nämlich die der Insolvenz dieser nicht mehr kreditwürdigen Staaten, welche Idee inzwischen eine zunehmende Akzeptanz bei Wissenschaft und Politik findet.

Dabei wird nicht bedacht, dass natürlich eine Restschuld noch zu tilgen bleibt. Zusätzlich werden diesen Ländern radikale Sparmaßnahmen auferlegt, welche ebenso radikale Widerstände der an „Staatsknete“ gewöhnten Bevölkerung nach sich ziehen, wie man jetzt in Griechenland und Portugal beobachten kann.

Man sollte deshalb diesen Ländern vorschlagen, neben der Euro-Währung eine eigene National-Währung einzuführen, die gleichfalls als gesetzliches Zahlungsmittel dient. Das würde die Akzeptanz bei der Bevölkerung garantieren und die Nachteile der hier bestehenden Regionalwährungen vermeiden helfen. Aber sinnvoll ist eine solche Zusatzwährung nur, wenn sie mit einer Umlaufsicherung versehen würde, wie es in Wörgl geschehen ist. Dann würde sogar die Pflicht des gesetzlichen Zahlungsmittels sich erübrigen. Denn nach dem Gresham-Gesetz, dass schlechtes Geld gutes Geld verdrängt, würde die Nationalwährung rasch umlaufen, die nationale Wirtschaft zum Aufblühen bringen und dem Staat

die Steuereinnahmen verschaffen, um damit seine Restschulden zu tilgen. Eine Neuaufnahme von Schulden in Euro müsste verboten werden und ein schuldenfreier Staatshaushalt angestrebt werden. Dem würde auch eine Entlassung jetzt noch bestehender Staatsaufgaben in die freie Träger- und Unternehmerschaft dienlich sein. Vor allem Schulen und Universitäten, aber auch möglichst alle jetzt noch vom Staat betriebenen Wirtschaftsunternehmen müssten selbstständigen Unternehmungen weichen. Die Finanzierung über Bildungsgutscheine in und Kredite in Landeswährung würde sicher bald möglich sein, wenn Geld für Kredite in dieser Währung in zunehmendem Maße angeboten werden. Das ist zu erwarten, wie das Verhalten nach der Währungsreform in Deutschland nach 1948 zeigte, und zwar wesentlich schneller durch die bestehende Umlaufsicherung.

Die National-Währung ist frei umtauschbar in Euro nach dem sich am Kapital-Markt bildenden Kurs. Zunächst wird der Kurs für die National-Währung sehr schlecht sein, was ein Abfließen sich neu bildenden Geld-Kapitals erschweren würde. Das würde zunächst am heimischen Markt wegen der anfänglichen Knappheit eine höhere Zins-Rendite einfahren, die aber bei der zu erwartenden schnellen Neu-Kapitalbildung durch die Umlaufsicherung rasch fallen würde.

Unsere Experten auf dem Gebiet der Währungen könnten sich dieser vielleicht etwas naiv erscheinenden Idee einmal annehmen.

Vielleicht hat jemand auch Beziehungen zu den jetzt zur Macht strebenden Grünen, um sich dort als Ohrenbläser zu betätigen. Von den anderen Parteien ist ja nicht mehr viel zu erwarten. Oder vielleicht doch? Die Not in der Opposition lehrt vielleicht auch dort, sich für neue Ideen zu öffnen.

Dr. Gerhardus Lang, Bad Boll

„Freies Geld“

*„Die Reichen sind nicht schlecht,
nur der Zins ist ungerecht.
Lasst uns das Geld wieder heilen
und es gerecht verteilen.“*

*Jens Eloas Lachenmayr & „Die
Neuen Bar-
den“ in ihrem Lied
„Freies Geld“*

<http://hinter-den-schlagzeilen.de/2011/04/19/eloas-lachenmayr-freies-geld/>

QUERGELESEN